

Ausblick: Die Arbeiterbewegung im "Dritten Reich"

Seit dem 7./9. März war das Freiburger Gewerkschaftshaus geschlossen, seit dem 17. März die Tätigkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden praktisch unmöglich. Mit der Aktion vom 2. Mai gegen die Freien Gewerkschaften und dem Verbot der SPD im Juni fand die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung ihr Ende. Auch in die Freizeitverbände konnten die Mitglieder nicht mehr ausweichen: sie wurden ebenfalls aufgelöst. Höchstens in privaten Zirkeln trafen sich die Aktiven weiter. Im übrigen blieb nur die Wahl, im Untergrund, verbunden mit lebensbedrohlichen Gefahren, das nationalsozialistische Regime zu bekämpfen, sich in die Passivität zurückzuziehen oder in einer von der NSDAP aufgebauten Ersatzorganisationen mitzuarbeiten. Mancher, der den letzten Weg wählte, tat dies nicht, um sich anzupassen oder einfach seine Existenz zu sichern. Oft stand die Hoffnung dahinter, etwas für die Kollegen bewirken, Schlimmeres verhüten, ja den Nationalsozialismus von Innen her unterwandern zu können. Für die Arbeiterschaft am wichtigsten waren die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisationen (NSBO) und die Deutsche Arbeitsfront (DAF).

Nationalsozialismus und Arbeiterbewegung

Ziel der Naziführung war es, die Organisationen der Arbeiterbewegung samt deren Mitgliedern zu übernehmen, aber den ursprünglichen Zweck dieser Einrichtungen zu entschärfen, ja langfristig im Sinne der Volksgemeinschaftsideologie gänzlich zu beseitigen.

Im Gegensatz dazu hofften die NS-Kampforganisationen SA und NSBO, in denen zahlreiche Arbeiter organisiert und aktiv waren, sich insbesondere die Gewerkschaften eingliedern zu können. Damit wollten sie dem sozialpolitischen Teil des NSDAP-Programms zum Durchbruch verhelfen – gegen Zinsknechtschaft und jüdischen Monopolkapitalismus –, aber auch Posten und Pfründe für sich und ihre Organisation ergattern.

Dieser zunächst unausgetragene Konflikt wurde noch erweitert und verschärft

durch die Tatsache, daß sich die Arbeiter im Unterschied zu anderen Sozialgruppen in ihrer großen Mehrheit vergleichsweise wenig für die nationale Revolution begeistert hatten.

Nach dem 2. Mai proklamierte der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Ley, die Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Sie wurde dargestellt als Dachorganisation der bisherigen Gewerkschaften und Verbände, auch des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsrings oder des reaktionären Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Die christlichen Gewerkschaften erhielten noch eine Schonfrist bis Ende Juni, d.h. bis nach dem erfolgreichen Abschluß der Konkordatsverhandlungen mit dem Vatikan. Organisationsform war das Berufsprinzip. Die Gewerkschaften der Arbeiterparteien wurden vor allem aus folgenden Gründen nicht sofort aufgelöst, sondern nur unter NS-Kontrolle gebracht:

- die Hoffnungen der NS-Kampfverbände galt es auch in dieser Phase der nationalen Revolution zu bewahren;
- das NS-Arbeitsbeschaffungsprogramm war noch nicht angelaufen und konnte somit noch nicht als Beruhigung über den Verlust der Kampforganisationen hinwegtrösten;
- die Partei konnte zu dieser Zeit aus personellen, organisatorischen und finanziellen Gründen, besonders für die unteren Organisationsbereiche, unmöglich auf den eingearbeiteten und ausgebauten Apparat der Gewerkschaften verzichten, zumal dieser entscheidende Versorgungsfunktionen für den sozialen Sektor hatte.

Gleichzeitig wurde die DAF als die lang ersehnte Einheitsgewerkschaft propagiert, bei der lediglich die obere Funktionärsschicht der bisherigen Teilorganisationen ausgetauscht worden war.

Als wiederholt DAF-Kommissare in die Betriebsführung von Unternehmen eingriffen, kam es zum Konflikt mit den Unternehmerverbänden. Deshalb wurde den DAF-Aktivitäten Zurückhaltung befohlen und ein achtwöchiger "Wirtschaftswaffenstillstand" abgeschlossen.

Am 19.5. erfolgte dann mit dem Gesetz über die Einsetzung staatlicher "Treuhand der Arbeit" die Aufhebung der Tarifautonomie der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber als erster Schritt in Richtung staatlicher Einflußnahme im wirtschaftlichen Bereich. Damit hatten sich der Hoffnungen der DAF und der in ihr aktiven NSBO auf Aktivitäten im traditionell gewerkschaftlichen Bereich der Tarifverhandlungen zerschlagen. Die als Übergangslösung deklarierten Treuhänder waren zumeist Fachleute auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und kamen aus der Industrie oder staatlichen Arbeits- und Wirtschaftsverwaltungen. Das Treuhändergesetz trug wesentlich zur "Entgewerkschaftlichung" der DAF und NSBO bei und entsprach in seinen Folgen somit den Überlegungen der Naziführung, die davon ausging, daß selbst eine NS-Gewerkschaft langfristig gemäß ihrem Gewerkschaftscharakter zum oppositionellen Sammelbecken konkreter Forderungen der Arbeitnehmerschaft werden konnte.

Die NSBO wurde in ihrem Selbstverständnis entscheidend gezügelt. Ihre Funktion wurde auf rein politisch-propagandistische Kampfaufgaben gegenüber dem Marxismus in den Betrieben beschränkt, ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen mit der parteiamtlichen Ideologieinterpretation vom "Arbeitsfrieden" und "Gefolgschaftsgedanken" (Soldaten der Arbeit) überdeckt. Im November 1933 erklärte Ley die NSBO zum "Hort des NS-Gedankenguts im Betrieb" und schaltete sie als Vertretungsorgan damit endgültig aus. Allein die DAF wurde als sozialpolitische Interessensvertretung anerkannt, da sie schon weitgehend durch Personalunion unter Parteikontrolle war und in der Folgezeit noch weiter im Sinne eines Zwangs- und Beherrschungsorgans gegenüber der Arbeiterschaft umfunktioniert werden sollte.

Im November 1933 setzte die Reichsregierung das Verbandsprinzip innerhalb der DAF außer Kraft und ließ von nun an nur die Einzelmitgliedschaft zu. Jetzt schlossen sich die Verbände der Arbeitgeber und Unternehmer der DAF an, da die Gefahr ihrer Vereinnahmung für die ursprünglich sozialpolitische Stoßrichtung der DAF ausgeschaltet worden war. In der Folgezeit wurde die DAF hierarchisch umstrukturiert und die Überwachung der Mitglieder durch Betriebsblock- und Zellenwarte sowie DAF-Straßenblock- und Zellenwarte doppelt aufgebaut. Ab Oktober 1934 war die DAF dann auch ganz der NSDAP-Führung unterstellt.

Parallel zur organisatorischen Entrechtung und Unterdrückung der Arbeitnehmer lief die Einschränkung ihrer noch bestehenden Mitspracherechte auf betrieblicher Ebene. Die Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1933 hatten keinen großen Durchbruch für die NSBO gebracht und waren aus diesem Grunde am 4.4.1933 auf das Jahresende verschoben worden. Zwar waren "staatsfeindliche" Betriebsräte durch Nazis ersetzt worden, aber noch immer galten kollektives Arbeitsrecht, jährliche Betriebsratswahl und Zustimmungsnötigkeit des Betriebsrats bei Entlassungen und Einstellungen – wenn auch unter wesentlich erschwerten Bedingungen. Diese Errungenschaften aus der revolutionären Situation von 1918/19 beseitigten die Nazis durch das sozialpolitische Grundgesetz des "3. Reiches", das sogenannte "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20.1.1934. Mit ihm wurde der Abbau von Arbeitnehmerrechten zugunsten staatlicher Reglementierung festgelegt und statt sozialer Partnerschaft im Betrieb das Führer-Gefolgschaftsverhältnis durchgesetzt. Die "Treuhand der Arbeit" blieben nun auf Dauer das wichtigste Instrument der Staatsgewalt im Betrieb. Eine Interessenvertretung der Beschäftigten war endgültig unmöglich geworden.

Widerstand der Arbeiterbewegung

Während auch in Freiburg und der ganzen Region die Nationalsozialisten alle Angelegenheiten, die die Arbeiterschaft betrafen, in die Hände nahmen – eine Geschichte, die noch im einzelnen erforscht werden muß –, formierte sich der erste

illegale Widerstand. Er war erschwert durch das rasche, energische und umfassende Vorgehen der Nazis gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung. In einer falschen Einschätzung des deutschen Faschismus hatten diese damit nicht gerechnet, sondern eher einen schnellen Machtverschleiß erwartet.

Vergleichsweise am besten war die KPD auf die neuen Verhältnisse vorbereitet. Sie konnte schon bald kleine Untergrundgruppen aufstellen. In Freiburg waren es zunächst Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV), dann auch der KPD selbst, die illegal Flugblätter und Druckschriften verteilten. Die "Transportkolonne Otto" organisierte die Verbindungen zu den Emigranten in der Schweiz. Einzelne Funktionäre stellten den Kontakt zwischen den jeweiligen Gruppen her, die sich untereinander nicht kennen durften. Allerdings gelangen den Nazis durch Verhaftungen immer wieder schwere Schläge gegen diese Widerstandsbewegung.

SPD-Mitglieder reagierten in Freiburg zunächst mit Einzelaktionen auf die Unterdrückung der legalen Organisationen. Bereits am 12. November 1933 bildete sich jedoch auf einer geheimen Versammlung in Freiburg der "Rote Schutzbund, Brigade Karl Liebknecht", der nun den Widerstand aufbaute. Dabei kam es teilweise zu einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die sich auch in programmatischen Erklärungen niederschlug. Die Verluste durch Verhaftungen waren hier ebenfalls erheblich. Viele Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung unserer Region ließen ihr Leben im Konzentrationslager oder büßten lange Haftstrafen ab. 1937 waren die illegalen kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen zerrieben. Wie die Berichte der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) zeigen, gab es aber bis in die Kriegsjahre hinein auch in Freiburg Aktivitäten gegen das NS-Regime, die der Arbeiterbewegung zugerechnet wurden (ausführlich zum Widerstand: Verfolgung 1980).

Zwei Flugblätter vom Januar 1935 dokumentieren die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppierungen in unserem Raum, ihre Tätigkeit und ihre Lagebeurteilung (Schadt 1976, S. 308-311).

Schluß mit dem Terror!

Seit zwei Jahren wütet in Deutschland der Terror der braunen Barbaren. Tausende der Besten des werktätigen Volkes, Vorkämpfer für ein freies Deutschland, Aufrechtgesinnte wurden ermordet. Hunderttausende in den Verließen und "Vernehmungsräumen" der Gestapo und der SA auf das Unmenschlichste gefoltert und geschunden. Weit über Hunderttausend schmachten heute noch in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Deutschlands. Darunter solche, die bereits im Februar/März des Jahres 1933 verhaftet wurden und denen man nicht das geringste zur Last zu legen vermag. Denen man weder eine Anklageschrift zustellte, noch überhaupt in der Lage war, einen Prozeß zu machen.

Frauen wurden als Gefangene verschleppt, mißhandelt, erpreßt, als Geiseln festgehalten. Kinder wurden verprügelt und zwangsweise in die Höllen der Erziehungsheime gesteckt, beschimpft und moralisch gedemütigt. Aufrechte Geistliche, die die Gewissens- und Bekenntnisfreiheit verteidigten und für ihre Gesinnung geradestanden, warf man in Gefängnisse und Konzentrationslager.

Intellektuelle, werktätige Mittelständler, Bauern, die zu Beginn der Herrschaft Hitlers diesem ehrliches Vertrauen entgegenbrachten, sind erschüttert über das Maß der Grausamkeit und zynischen Brutalität, mit der das braune System nicht nur seine Gegner verfolgt, sondern auch in den eigenen Reihen durch blutigen Mord jede Kritik und Opposition niederhält, wie durch den 30. Juni 1934 der Welt ein schauderhaftes Beispiel gegeben wurde.

Dieser in der Weltgeschichte beispiellose Terror richtet sich gegen alle ohne Unterschied der Partei, der Weltanschauung oder des religiösen Bekenntnisses, die nicht bedingungslos dieses System des Wahnsinns unterstützen. Zwei Jahre Hitler haben Deutschland in ein einziges Zuchthaus verwandelt.

Gleich ist das Schicksal der Erschlagenen und Hingerichteten von John Scheer und Steinfurth bis zu den Katholikenführern Klaus[e]ner und Probst. Gleich ist das Schicksal all derer, die in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern geschunden und gemartert werden. Gleich ist die Not und Verzweiflung aller Angehörigen der Ermordeten und Eingekerkerten. Ihre Frauen und Kinder, ihre Angehörigen sind ständig dem Drucke der Menschenjäger, der Gestapo, ausgesetzt. Sie leiden bitterste Not. Des Ernährers beraubt, die Unterstützung entzogen, den Schikanen und Demütigungen der Gestapo ausgesetzt, sind sie einzig und allein angewiesen auf die Solidarität all derer, die Gegner des braunen Terrorsystems sind.

Wir denken bei uns in Baden immer an den Fall des sozialdemokratischen Staatsrates Marum, den man im Konzentrationslager Kislau nach den unmenschlichsten Quälereien zum "Selbstmord" getrieben hat. Wir denken an den kommunistischen Landtagsabgeordneten Boening, dem man in der Haft einen Arm zerschlug und dann zu hoher Zuchthausstrafe verurteilte. Wir denken an den aufrechten katholischen Pfarrer aus Stetten im Wiesental [Joseph Herrmann], der wegen seines mutigen Bekenntnisses zur Gewissensfreiheit für mehrere Monate in den Kerker gehen mußte.

Die Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Süd- und Mittelbaden, und die Sozialdemokratische Partei, Bezirk Süd- und Mittelbaden, haben in gemeinsamen Besprechungen die Lage geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Hilfe für die Opfer des braunen Terrors, ohne Unterschied der Partei- oder Weltanschauung, die dringendste Aufgabe ist, daß der Kampf um die Erleichterung der Lage der Eingekerkerten sowie deren Familien, der Kampf um ihre Freilassung nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn es gelingt, alle Nichtfaschisten zu einem einheitlichen Handeln zusammenzufassen.

Sie rufen daher gemeinsam alle Gegner des Systems und alle die, die bereit sind, die Not der Verfolgten zu lindern, um ihren Familien zu helfen, auf, sich der großen, allumfassenden Hilfsgemeinschaft für die Opfer des faschistischen Terrors anzuschließen, in allen Orten, in den Organisationen und Betrieben gemeinsame Hilfskomitees zu bilden, sich in Spenderkreisen zusammenzuschließen und Patenschaften für Gefangene, für Familien Gefangener und Ermordeter zu übernehmen.

Sie rufen gemeinsam auf, dem Wüten des Terrors, den Folterungen und Mißhandlungen, den Morden und Hinrichtungen durch geschlossenes Auftreten ein Ende zu bereiten und die furchtbare Lage der Gefangenen in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern zu ändern.

Die Erfüllung dieser Aufgaben ist eine der vornehmsten Pflichten gegenüber den heldenhaften Kämpfern, die um ihrer Überzeugung willen leiden. Sie ist aber auch gleichzeitig eines der wirksamsten Mittel für die Stärkung und Verbreiterung der Kampffront gegen das barbarische faschistische System. Unsere Kämpfer, die täglich bereit sind, ihr Leben für ein freies Deutschland in die Schanze zu schlagen, sollen die Gewißheit haben, daß alle die Millionen, die innerlich gegen das Blutsystem des Faschismus sind, zu ihnen stehen und bereit sind, mitzuwirken und zu helfen.

Wir sind überzeugt, daß dieser unser Appell an die Solidarität mit allen Opfern des faschistischen Blutregimes von allen Nichtfaschisten auf das freudigste begrüßt wird und daß es uns gelingen wird, eine breite Massenfront des Schutzes und der Hilfe aufzurichten und die Bereitschaft zum Kampf für die Beseitigung dieses Systems zu steigern. Millionenfach muß den Volksbetrügnern und Henker[n] der Ruf in die Ohren gellen:

Heraus mit allen eingekerkerten antifaschistischen Gefangenen!
Schluß mit den Morden und Hinrichtungen!
Beweist durch gemeinsames Handeln, daß die Solidarität mit den heldenhaften Kämpfern und ihren Familien in euch lebendig ist!

Freiburg i. Br., im Januar 1935.

Rote Hilfe Deutschlands,
Bezirksleitung Süd- und Mittelbaden.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Bezirksleitung Süd- und Mittelbaden.
Roter Schutzbund, Brigade Karl Liebknecht, Baden.

An alle Arbeiter und Werktätigen von Mittel- und Oberbaden!

Mit dem 30. Januar 1933 hat in der deutschen Arbeiterbewegung eine neue Epoche begonnen. Die tiefe Krise des Kapitalismus in Deutschland erforderte eine Änderung seiner Herrschaftsmethoden. Die Weimarer Republik, in der die Bourgeoisie ihre Diktatur unter "demokratischem" Deckmantel ausübte, mußte der brutalsten Diktatur Platz machen. Alle Rechte und Einrichtungen der Arbeiterschaft wurden zerschlagen, ihre Organisationen verboten und verfemt. Zehntausende aufrechte Arbeiter wurden hingemordet, gefoltert, in Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen.

Heute erkennen die werktätigen Massen bereits immer klarer, daß ihnen das "Dritte Reich" des Finanzkapitals nicht "Freiheit und Brot", sondern noch tiefere Knechtschaft und Not gebracht hat. Immer deutlicher wird, daß Hitler Deutschland in die Katastrophe, in ein neues imperialistisches Weltgemetzel führt.

Trotz Terror und Mord ist es den braunen Henkern nicht gelungen, den Klassenkampf und damit den Marxismus auszurotten. Der Lüge der faschistischen "Volksgemeinschaft" stellen wir entgegen den unversöhnlichen Klassenkampf. Die Verfolgten und Gefolterten von heute werden die Sieger von morgen sein.

Mehr denn je ist es heute notwendig, die einheitliche, gesammelte Kraft aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden, illegalen Arbeiterorganisationen dem Faschismus entgegenzustellen. Unser aller Ziel ist der Sturz des Kapitalismus, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, eines wahrhaft sozialistischen Räte-deutschlands.

Zur Erkämpfung dieses Zieles, zur Heranführung der breitesten Massen an die entscheidenden Kämpfe um die Macht, verpflichten sich die unterzeichneten Arbeiterorganisationen, sofort folgende Aufgaben gemeinsam durchzuführen:

- 1. Gemeinsame Organisierung des Widerstands gegen den Lohnraub und jegliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Organisierung des Kampfes für Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.*
- 2. Wiederaufbau der freien Gewerkschaften auf der Grundlage des unversöhnlichen Klassenkampfes.*
- 3. Organisierung einer breiten Opposition in der Arbeitsfront. Ausnützung aller erlangbaren legalen Positionen und Möglichkeiten in der Arbeitsfront zur Unterstützung dieser revolutionären Oppositionsarbeit und der Auslösung von betrieblichen Kampfbewegungen.*
- 4. Organisierung des Massenwiderstandes gegen die faschistischen Kriegsvorbereitungen, vor allem des Kampfes gegen die militärischen Massenrekrutierungen.*

gen. Verstärkung der revolutionären Arbeit, insbesondere auch in den Rüstungsbetrieben. Revolutionär-antimilitaristische Arbeit unter den bewaffneten Formationen der Bourgeoisie. Oppositionsarbeit in der SA, HJ und Arbeitsdienst.

5. Für die unbedingte Verteidigung der Sowjetunion. Propagierung der Errungenschaften des sozialistischen Aufbaues unter der proletarischen Diktatur.

6. Zusammenfassung aller klassenbewußten Arbeiter in Betrieb und Wohngebiet zu einem proletarischen Massenselbstschutz zur Abwehr des faschistischen Terrors. Aufbau einer einheitlichen revolutionären Wehrorganisation als eines Kadern der künftigen Roten Garden zum Sturz der Bourgeoisie.

7. Aktivste Unterstützung des Kampfes der proletarischen Jugend, ihrer Oppositionsarbeit in Hitlerjugend und Arbeitsdienst.

8. Gemeinsame Unterstützung der Opfer des antifaschistischen Kampfes durch das Solidaritätswerk der Roten Hilfe. Tatkräftiger Kampf für die Befreiung von Thälmann, Mierendorff und allen Gefangenen des Faschismus.

Die unterzeichneten Organisationen rufen alle antifaschistischen Arbeiter und Werktätigen auf, diesem ihrem Appell zur Aktionseinheit Folge zu leisten, aktiv mitzuwirken am Kampf gegen die "braune Diktatur" des Hungers und des Krieges.

Vorwärts, Genossen, mit vereinter Kraft zum Kampf gegen den Faschismus, für den Sieg des Proletariats!

Freiburg, am 15. Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

*Bezirksleitung der Roten Hilfe für Mittel- und Oberbaden.
Bezirksleitung der SPD für Mittel- und Oberbaden.
Bezirksleitung der KPD für Mittel- und Oberbaden
Bezirksleitung des KJV für Mittel- und Oberbaden
Roter Schutzbund, Brigade Karl Liebknecht, Baden.*

Literatur

Beier, Gerhard: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933. Frankfurt a.M., Köln 1975

Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. München 1979

Mason, Timothy W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1977

Schadt, Jörg (Bearb.): Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940. Stuttgart 1976

Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hg.): Die SPD in Baden Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Stuttgart 1979

Schumann, Hans-Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Hannover, Frankfurt a.M. 1958

Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg 1933-1945. Eine Dokumentation. Hrsg. von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Kreis Freiburg. Freiburg o.J. (1980)

Die Ausschaltung der Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus 1933

Zeittafel der Ereignisse vom 30.1. - 2.5.33

	Reich	Region
30.1.33	Ernennung Hitlers zum Reichskanzler Aufruf der KPD zum Generalstreik Fackelzüge der SA und SS im ganzen Reich	Fackelzug von SA und SS in Freiburg mit Kundgebung auf dem Karlsplatz Gegendemonstration der KPD
4.2.33	"Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes" erlassen. Punktueller Verbote der Arbeiterpresse	
5.2.33		Demonstrationszug und Kundgebung der "Eisernen Front" in Freiburg
12.2.33		A.o. Landesparteitag der badischen SPD in Offenburg, Ablehnung einer Einheitsfront mit der KPD, "Kampf mit dem Stimmzettel".
25.2.33		Waffenfunde bei vier "der KPD nahestehenden Personen" in Freiburg-Haslach, Verhaftungen
27.2.33	Reichstagsbrand	
28.2.33	"Verordnung zum Schutze von Volk und Staat" erlassen. Verhaftung und Verfolgung von KPD-Funktionären. Presseverbote in Preußen	

”Die Freiheit ist noch nicht verloren”: zur Geschichte d. Arbeiterbewegung am Oberrhein 1850-1933 / Hrsg.: Arbeitskreis Regionalgeschichte Freiburg. [Red.: Gernot Erler]. - 1. Aufl. - Freiburg i. Br.: Dreisam-Verlag, 1983.
ISBN 3-921472-45-8
NE: Gernot Erler [Red.]; Arbeitskreis Regionalgeschichte Freiburg

1. Auflage 1983

© Dreisam - Verlag GmbH, Schwaighofstr. 6, 7800 Freiburg i. Br.

Titelgestaltung: Barbara Wiesinger

Verlagsredaktion: Gernot Erler

Satz: Print Service GmbH, Rellinghauser Str. 98, 4300 Essen 1

Druck: Bundschuh-Druck, Habsburgerstr. 9, 7800 Freiburg

Vertrieb: Prolit-Buchvertrieb, Postfach 1165, 6304 Lollar

ISBN 3-921472-45-8

Vorbemerkung

Hervorgegangen ist dieses Buch aus einem Kurs, den der Arbeitskreis Regionalgeschichte Freiburg - ein lockerer Zusammenschluß von Studenten, Lehrern und Hochschullehrern - 1981 an der Freiburger Volkshochschule veranstaltet hat. Die dort vorgelegten Materialien wurden von den Autoren für den Druck umgearbeitet; die übrigen Arbeitskreis-Mitglieder waren durch Diskussion der Beiträge und Mithilfe bei der Redaktion an der Entstehung beteiligt. Besonderer Dank gebührt dem Deutschen Gewerkschaftsbund - Kreisverband Freiburg -, ohne dessen großzügige Unterstützung eine Veröffentlichung in dieser Form nicht möglich gewesen wäre.

Die einzelnen Beiträge verleugnen nicht ihren einführenden Charakter. Eine geschlossene, lückenlose Darstellung wurde nicht angestrebt. Vielmehr soll das Buch dazu anregen, weiterzuarbeiten, eigene Nachforschungen anzustellen und ernst zu machen mit einer Regionalgeschichte "von unten", aus der Sicht der Betroffenen. Der Arbeitskreis nimmt gerne Hinweise entgegen und ist für weitere Mitglieder offen.

Im Mittelpunkt der Aufsätze steht Freiburg mit seiner engeren Umgebung. Aber der Blick geht in die gesamte Region am Oberrhein, auch über Ländergrenzen hinweg, wie der Exkurs zum Elsaß wenigstens ansatzweise deutlich machen soll. Um die Lesbarkeit der Texte zu erleichtern, wurde auf einen umfangreichen wissenschaftlichen Apparat verzichtet. Lediglich wörtliche Zitate sind in einer Kurzform nachgewiesen, die leicht über die Literaturangaben im Anschluß an jedes Kapitel aufgeschlüsselt werden kann.

Inhalt

Vorbemerkung	5
<i>Peter Dreßen</i> Vorwort	7
<i>Heiko Haumann</i> "Hier war doch gar nichts los!" Eine Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung in der Provinz	8
<i>Sabine und Hans Imlau, Eva-Maria Gawlik-Sutter und Wolf-Dieter Sutter</i> Industrialisierung, Arbeiterleben und Arbeiterbewegung vom 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg	15
<i>Volker Heinzelmann</i> Exkurs: Geschichte der Arbeiterbewegung im Elsaß von den Anfängen bis 1914	64
<i>Ulrich Kluge</i> Die Sozialdemokratie zwischen Weltkrieg und Inflation 1914-1923	80
<i>Hans-Peter Lux</i> Unruhige Jahre. Der Beginn der Weimarer Republik	99
<i>Hans-Peter Lux</i> Die Ausschaltung der Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus im Frühjahr 1933	127
<i>Achim Oßwald</i> Ausblick: Die Arbeiterbewegung im "Dritten Reich"	138
Die Ausschaltung der Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus 1933. Zeittafel der Ereignisse vom 30.1. – 2.5.33	147

Vorwort

Am 7. März 1933 wurde das Freiburger Gewerkschaftshaus auf Anordnung der Faschisten besetzt und kurz darauf geschlossen. 50 Jahre später stellen wir dieses Buch der Öffentlichkeit vor. Es kann und soll nicht den Anspruch einer vollständigen Geschichte der südbadischen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1933 erheben. Die Autoren haben Schwerpunkte gesetzt. Dies war auch die Absicht des DGB-Kreisvorstandes Freiburg. Den Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreises Regionalgeschichte gilt es, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön zu sagen.

Dieses Buch wird zu einem Zeitpunkt in Druckauftrag gegeben, an dem in unserem Kreis 12.875 Arbeitslose offiziell in den Statistiken des Arbeitsamtes geführt werden. Rund 2.000 dieser Kolleginnen und Kollegen sind bereits auf Arbeitslosenhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz angewiesen, 4.510 von Kurzarbeit betroffen.

Es sollen in diesem Buch keine Parallelen zwischen dem Ende der Weimarer Zeit und der Gegenwart gezogen werden. Festgehalten werden muß jedoch, daß wie in der damaligen Zeit Politiker und Arbeitgeber von unseren Ratschlägen und Vorschlägen nichts wissen wollen. Im Gegenteil: Arbeitszeitverkürzungen, paritätische Mitbestimmung sowie Lohnerhöhungen, die zumindest die Inflationsrate ausgleichen, werden aufs schärfste bekämpft.

Arbeitnehmer mußten in der Vergangenheit viel Elend und Not erdulden. Das Unfaßbare für uns ist jedoch die Tatsache, daß das Leid durch Entscheidungen von Menschen zustande kam. Wir hoffen, daß dieses Buch mit dazu beiträgt, daß in der Zukunft mehr Solidarität, mehr Gerechtigkeit und mehr Menschlichkeit herrscht.

Für den DGB-Kreisvorstand Freiburg i. Breisgau

Peter Dreßen
DGB-Kreisvorsitzender